

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Matthias Strolz, Kollegin und Kollegen
betreffend Pensionsautomatismus**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der
Abgeordneten Mag. Gerald Loacker, Kollegin und Kollegen an den
Bundesminister für Finanzen betreffend "Reformpanne - Pensionssystem
ungebremst auf Crashkurs"**

Der Pensionsgipfel der Bundesregierung am 29. Februar 2016 konnte keinen Beitrag dazu leisten, die finanzielle Stabilität des gesetzlichen Pensionssystems zu sichern. Einer der Hauptgründe für die massive Schieflage des Pensionssystems ist die steigende Lebenserwartung bei nahezu unverändertem Pensionsantrittsalter. Die entstehende Lücke wird mit Steuergeld bzw. neuer staatlicher Verschuldung geschlossen, wodurch junge Generationen schwer belastet werden.

Die wichtigsten Fakten:

- Bereits in diesem Jahr werden über 11 Milliarden Euro Steuergeld nur zum Schließen des Pensionslochs benötigt. Bis 2060 wird sich dieser Betrag auf über 35 Milliarden Euro mehr als verdreifachen. In Prozent des BIP ausgedrückt: Die Lücke verdoppelt sich von derzeit 3,0% auf 5,6% des BIP.
- Über 26% der jährlichen Gesamtausgaben des Bundes fließen als Zuschüsse in das Pensionssystem. Das allgemeine Pensionssystem verschlingt 14,3%, der Rest wird zur Finanzierung der Beamtenpensionen verwendet.
- Das reale Pensionsantrittsalter steigt nur unmerklich. Derzeit liegt es bei knapp über 60 Jahren – und auch das nur dank statistischer Tricks. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung werden Österreicher_innen bald 30 Lebensjahre in Pension verbringen.
- Die Berufstätigen müssen immer mehr Pensionen finanzieren. 1956, als das heutige Pensionssystem eingeführt wurde, lag dieses Verhältnis bei 10:3,5 (10 Versicherte finanzieren 3,5 Pensionen). Heute liegt es bei 10:6,3, bis 2060 wird es auf 10:8,6 steigen.
- Pensionen sind immer weniger wert. Die Ersatzrate beschreibt das Verhältnis von erster Pension und letzten Gehalt. Heute liegt sie bei knapp 45%, bis 2060 wird sie auf 33% sinken.

Die Idee eines Pensionsautomatismus gilt europaweit als sehr gute Lösung. Im Weißbuch „Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten“ der EU-Kommission wird insbesondere die Koppelung des Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung gefordert. Ziel ist, eine Ausgewogenheit zwischen Jahren der Erwerbstätigkeit und Jahren im Ruhestand herzustellen, so dass eine langfristige Finanzierbarkeit des Pensionssystems gewährleistet wird. Simulationen der Kommission zeigen in diesem Zusammenhang, dass eine Anhebung des Ruhestandsalters entlang der steigenden Lebenserwartung den prognostizierten Anstieg

der Pensionsausgaben in den nächsten 50 Jahren um mehr als die Hälfte reduzieren kann.

Um die Lebenserwartung entsprechend zu berücksichtigen, müsste ein neues Modell der Pensionsberechnung als Grundlage herangezogen werden. Ein solches Modell würde auf dem Prinzip der Lebenspensionssumme beruhen, die auf Basis der Pensionskontogutschrift, des Pensionsreferenz-Antrittsalter (z.B. 65 Jahre) und der Lebenserwartung nach derzeitigem Stand berechnet wird. Jeder frühere Pensionsantritt oder jede Erhöhung der Lebenserwartung führen zu einer längeren Zahlungsdauer und damit zu einer geringeren Startpension. Umgekehrt erhöht sich die Pension bei einem späteren Antritt der Pension. Mit einer solchen Änderung geht auch eine Flexibilisierung des Pensionsantritts einher. Wenn der Pensionsantritt in diesem Sinne flexibel gestaltet wird, ist der Wegfall von Zuverdienstgrenzen und die Möglichkeit einer Teilpension erforderlich, um Chancen einer weiteren Beschäftigung zu eröffnen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

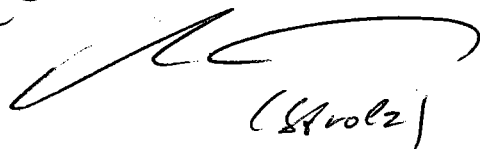
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

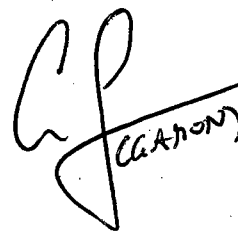
"Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich eine Regierungsvorlage zur Einführung eines Pensionsautomatismus vorzulegen. Dieser soll das Pensionsantrittsalter dynamisch an wichtige demographische und wirtschaftliche Kennzahlen wie die Lebenserwartung, die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer_innen und die Produktivität anpassen."



Seid
(Wagner)



(Hörl)



(Graham)

W. Scheuch
(Scheuch)

